

kument der Bischöfe mit bitterem Unterton, dann nur deshalb, weil der Schwarze wisse, wo sein Platz sei. Es gehe der Kirche darum, die schwarze Bevölkerung, deren Vorfahren „beim nationalen Aufbau Brasiliens am meisten gearbeitet und gelitten haben“, brüderlich auf dem Weg der Befreiung „von der 400 Jahre alten Plage (der Sklavenhaltung) und ihren Folgen“ zu begleiten.

*Selbstkritisch* zitieren die Bischöfe das Puebla-Dokument der lateinamerikanischen Bischöfe von 1979 und merken an, daß die von den Schwarzen gelebte Wirklichkeit „nicht immer Gegenstand der Evangelisierungs- und Befreiungsarbeit der Kirche war“. Die Kirche bekenne, daß Sklaverei, Rassismus und Diskriminierung trotz einiger prophetischer Stimmen auch ein Teil ihrer eigenen Geschichte sei: „Die Kampagne der Brüderlichkeit 1988 setzt von seiten der Kirche das Eingeständnis einer historischen Sünde voraus und empfiehlt, das schwarze Volk um Vergebung zu bitten für die praktizierte Sklaverei – unabhängig davon, ob man sie befürwortet oder sie nur nicht zur Anklage gebracht hat – und für die Diskriminierung der Schwarzen im Bereich der Kirche.“

Die brasilianischen Bischöfe fordern die Katholiken in dem Dokument auf, sich die Geschichte der Schwarzen, ihrer zahllosen Martyrer und ihres mutigen Befreiungsweges zu vergegenwärtigen. Ausdrücklich erwähnen sie den von den Schwarzen Brasiliens besonders verehrten Zumbi, den legendären Führer der einst größten Siedlung geflohener Sklaven. Die tiefe Religiosität der Schwarzen, ihre Verbundenheit mit den Ahnen und der „Mutter Afrika“ habe ihnen das Überleben ermöglicht. Den bis heute stark verbreiteten Synkretismus, der sich nach der Zwangstaufe bei der Ankunft der Sklaven, aus der Begegnung mit dem christlichen Glauben und aus dem alten afrikanischen Kultglauben rasch entwickelte, wertet das Dokument – geschichtlich gesehen – als einzigen Weg, religiös zu überleben.

### Auch die Kirche hat einiges nachzuholen

Ernsthaft muß sich nach Ansicht der brasilianischen Bischöfe die Kirche fragen, warum heute nur so wenige Schwarze Priester und Ordensleute sind: „Stellt man diesen Tatbestand

der großen Zahl von Schwarzen gegenüber, die in den Gemeinden mitarbeiten und eine Fülle von einfacheren Aufgaben übernehmen, offenbaren sich diskriminierende Hindernisse in der kirchlichen Gemeinschaft.“ Von den 12700 in Brasilien tätigen Priestern sind nur 200 schwarzer Hautfarbe. Erzbischof *José Maria Pires* von Paraíba, einer von den fünf dunkelhäutigen Bischöfen Brasiliens, erinnert in einem Beitrag über die „Identität der Schwarzen“ daran, daß es bis zum Zweiten Vatikanischen Konzil Ordensgemeinschaften gab, die Schwarze von der Aufnahme ausgeschlossen.

Aus dem Dokument zur Kampagne der Brüderlichkeit geht außerdem hervor, daß die Bischöfe das religiöse Gespräch mit den *afrobrasilianischen Kulturen* Candomblé, Umbanda etc. suchen wollen. Innerkirchlich soll die kulturelle Eigenart der Schwarzen stärker berücksichtigt werden, insbesondere in der Liturgie: „Sollen Glauben und Leben in einer Wechselbeziehung stehen, müssen in den Gottesdiensten und in der Liturgie die Sache der Schwarzen, ihre Befreiungskämpfe, die Früchte ihrer Arbeit und ihre Werte zum Ausdruck kommen.“ *G. B.*

## Die Krise der CDU

### Zur Situation einer Partei, die ihre Probleme erst annehmen muß

*Daß die CDU sich in einem ungunstigen Zustand befindet und viel an Zustimmung bei der Bevölkerung verloren hat, ist zu einer politischen Selbstverständlichkeit geworden. Daran hat auch der jüngste Parteitag der CDU in Wiesbaden mit seinen programmatischen und organisatorischen Bemühungen nicht viel geändert. Man diskutiert das gar nicht mehr, sondern setzt es schlicht als gegeben voraus. Jedenfalls tun dies die meisten Vermittler öffentlicher Meinung, und die Demoskopien sagen ihnen, daß sie damit richtig liegen. Gestritten wird höchstens noch darüber, wie weit von dem Ansehensverlust in der Bevölkerung die CDU und die Union insgesamt vorwiegend allein betroffen ist, oder wie weit die nachgelassene Zustimmung zur CDU als der Partei, die am meisten mit dem politischen Image der gegenwärtigen Bundesregierung identifiziert wird, von einem allgemeinen Ansehensverlust der politischen Parteien oder überhaupt der Politiker begleitet wird.*

Selbst das außen- und wirtschaftspolitische Profil der ersten Regierungspartei ist trotz bemerkenswerter außen- und außenwirtschaftspolitischer Erfolge der von einem CDU-Kanzler geführten Bundesregierung in den Reflexen der öffentlichen Meinung blaß geworden. Und zum traditionellen Kompetenzvorsprung der Sozialdemokraten in sozialpolitischen Fragen – obwohl die bahnbrechenden sozialpolitischen Reformen der Nachkriegszeit fast durchwegs den von Unionsparteien getragenen Regierungen zuzuschreiben sind – kommt gegenwärtig ein hoher Kompetenzverlust der CDU in den *CDU-eigensten Bereichen*. Bei allen großen Reformvorhaben, die sich die Regierungsparteien für diese Legislaturperiode vorgenommen haben oder die vor der Durchführung stehen – Steuerreform, Gesundheitsreform, Rentenreform – weist die Bevölkerung gegenwärtig der SPD eine höhere Kompetenz zu als der CDU, obwohl die größere Oppositions-

partei bisher keineswegs durch attraktive Alternativen zu den Reformprojekten der Regierungsparteien aufgefallen ist.

## Es könnte noch vor 1990 für die Partei kritisch werden

Spätestens seit dem Frühsommer werden die Unionsparteien – trotz geringen Ansehens auch der SPD – von den Sozialdemokraten in der Wählergunst überflügelt. Nach den demoskopisch erfragten Daten haben die Bonner Koalitionsparteien gegenwärtig keine Mehrheit in der wahlberechtigten Bevölkerung. Dies sind zwar allesamt nur Hinweise auf Stimmungen. Sie können sich bis zu den Wahlen Ende 1990 noch vielfältig ändern. Das Bild würde selbst im hypothetischen Fall, daß am nächsten Sonntag tatsächlich gewählt würde, im Ergebnis vermutlich ganz anders aussehen. Aber der Stimmungstrend gegen die Partei kann sich noch verstärken. Den eindeutigen Markierungspunkt, ab dem der Abstieg der CDU offenkundig und die latent schon in der vorigen Legislaturperiode schwelende Krise der Union zu einer offenen wurde, bilden die *Bundestagswahlen vom Januar 1987*. Das Ergebnis fiel für die Union insgesamt (und speziell für die CDU) unerwartet mager aus. Mit 44,3 Prozent blieb es sogar knapp unter dem der Brandt-Barzel-Wahl von 1972 und unter dem der Schmidt-Strauß-Wahl von 1980.

Dieses unter den Möglichkeiten der Union gebliebene Ergebnis war zwar *allerlei zufalls- und konjunkturbedingten Faktoren* zuzuschreiben. Der Wahltermin war ungünstig. Die Siegeszuversicht im Regierungslager, die sich auf eine breite Volksmeinung stützen konnte, war zu euphorisch und damit für das Wahlergebnis der Unionsparteien in der Wirkung negativ. Die Angriffe Straußens auf den Bundesaußenminister mitten im Wahlkampf führten zu einer für die CDU völlig kontraproduktiven Aufwertung der FDP. Doch die Art der Wählerwanderung (hohes Splitting zugunsten der FDP, hohe Verluste in der gewerblichen Arbeiterschaft zugunsten der SPD) und der auffallend breite, auf Unlust gegenüber der eigenen Partei schließen lassende Trend zur Wahlenthaltung in traditionellen CDU-Wählerschichten legten einen Erosionsprozeß in der CDU-Wählerschaft bloß, der durch die Niedersachsenwahl im Juni 1986, die trotz hoher Wählerverluste der CDU (–6,2 Prozent) *Ernst Albrecht* mit Hilfe der FDP noch das Weiterregieren in Hannover ermöglichte, nur noch einmal zugedeckt worden war.

Die Bundestagswahl 87 zeigte so eine bereits beträchtlich angeschlagene CDU. Da das Resultat *unerwartet* negativ ausgefallen war, verstärkten sich die Negativeffekte noch in die neue Legislaturperiode hinein. Sie wirkten sich nicht nur atmosphärisch, sondern auch politisch gravierender aus, als es sich die Partei bis heute eingesteht. Alle „Wende“-Enttäuschten, zeigten sich nun noch enttäuschter. Das innerparteiliche Durcheinander von Gruppenstimmungen verdeckten nun noch mehr jeden Versuch, politischen Boden konzeptionell zurückzugewinnen. Die aufsässigen Bauern waren weder kurzfristig zu besänfti-

gen, noch sind sie mittelfristig zurückzugewinnen. Das *konfliktive Zusammenspiel zwischen Straußscher CSU-Führung und Teilen der CDU* bzw. vor allem nationalkonservativer Einzelkämpfer in ihr, wirkten auf das öffentliche Meinungsbild der Partei nun noch abträglicher, und auch die nicht übermäßig fundierten Angriffe aus der Sozialdemokratie auf die CDU als Partei der „sozialen Demontage“ oder als „Partei der Zweidrittelmehrheit“ taten ihre Wirkung und fanden bis in die Endphase der Steuerreform hinein immer wieder Punkte wenigstens scheinbarer Bestätigung.

Hinzu kam die *Barschel-Affäre* mit dem für die CDU katastrophalen Wahlausgang vom 10. Mai. Sie hat die CDU nicht nur in Schleswig-Holstein schwer und nicht nur dort auf Dauer getroffen. Sie macht ihr bundesweit zu schaffen, und sei es – über den Tag hinaus – auch nur deswegen, weil – siehe jetzt Niedersachsen – jede Andeutung von Skandal der Partei gleichsam doppelt angelastet wird. Es muß schon eine recht prekäre Situation für die Gesamtpartei sein, wenn – wie bei der Baden-Württemberg-Wahl geschehen – eine Landespartei oder wenigstens ihre Führung meint, eine Landtagswahl nur gegen die Bundesregierung und den negativen Bundestrend der Partei gewinnen zu können.

Dies ginge aber noch an, wenn der CDU die traditionelle Stärke in den Ländern noch sicher wäre. Aber der Schwäche im Bund und dem Kieler Debakel entsprechen *Erosionserscheinungen in den Ländern*. In Baden-Württemberg konnte *Lothar Späth* „gegen Bonn“ sich gerade noch behaupten, in Niedersachsen scheint indessen der Regierung und der CDU-Führung die nötige Fortune abhanden gekommen zu sein; in Rheinland-Pfalz bröckelt es ebenfalls. Neben politischen Krisensymptomen werden in den Ländern nicht weniger als im Bund personelle Schwächen sichtbar. Die noch Regierenden haben sich verbraucht. Aber der Wechsel zur nächsten Generation wird schwierig. Wer löst, wenn es notwendig wird, *Ernst Albrecht* in Hannover und *Bernhard Vogel* in Rheinland-Pfalz ab? Das Sicherheitspolster an CDU-Stimmen ist auch in den Ländern weitgehend erschöpft. Die Partei sitzt heute schon nur noch in Berlin und mit Einschränkungen in Baden-Württemberg und im neu gewonnenen Hessen fest im Sattel. Sinkt die CDU aber in den Ländern weiter ab, kann sie auch im Bund sehr bald und für lange Zeit ihre Regierungsfähigkeit verlieren. Das aufmunternde Versprechen des Bundeskanzlers an seine Partei, man werde „auch 1990 wieder ein sehr gutes Wahlergebnis haben“, könnte sich so noch vor dem Wahlabend 1990 als krasse Selbsttäuschung erweisen.

## Wo aber liegen die eigentlichen Schwierigkeiten der CDU?

Sieht man sich die diversen Statistiken und Analysen zur letzten Bundestagswahl an, dann fällt vor allem *ein* Datum auf. Die CDU ist zur *Partei der älteren Generation* geworden und der Trend dazu verstärkt sich. Nur bei den

über Sechzigjährigen haben CDU und CSU zusammen mit 52,3 Prozent (41,4 CDU und 10,9 CSU) eine absolute Mehrheit. In dieser Altersgruppe als einziger hat die CDU auch kaum verloren (-0,3 Prozent gegenüber 1983). Aber schon bei den 45- bis 60jährigen (mit 46,3 Prozent Wähleranteil) sieht es für die Union wesentlich schlechter aus. Auch der Rückgang gegenüber 1983 ist hier schon ausgeprägter (-3,2 Prozent für die CDU), liegt in dieser Altersgruppe aber noch unter dem Gesamtdurchschnitt von 4,5 Prozent. Weit stärker war der Abwärtstrend bei den 25- bis 35- und bei den 35- bis 45jährigen. Erstere wählten die Unionsparteien nur noch zu 34,6 Prozent, letztere immerhin noch mit 41,5 Prozent; der Rückgang der CDU gegenüber 1983 ist mit 7,5 bei der letzteren – also bei der tragenden mittleren Altersschicht der jüngeren Berufstätigen –, aber sogar noch etwas höher als bei den 25- bis 35jährigen mit 6,9. Er ist bei der jüngsten von der Repräsentativstatistik erfaßten Wählergruppe zwar wieder wesentlich geringer (-3,9), allerdings auf ohnehin niedrigem Niveau (Unionsparteien zusammen: 1983 41,2; 1987 36,0). Nach der Infas-Wählerwanderungsanalyse hatte 1987 die CDU bei den Erstwählern (den 18- bis 21jährigen) zwar einen leichten Vorsprung vor der SPD (CDU/CSU 38,0; SPD 37,5). Aber zu beachten ist auch hier das niedrige Niveau neben dem hohen Anteil an Grünen (16,5) und Nichtwählern.

Die von *Heiner Geißler* und *Peter Radunski* vorgelegte Dokumentation von Wahlanalysen, die im Sommer 1987 den Unionsstreit über Strategie und Richtung auslösten, sprechen diesbezüglich zwar von einem „neuen Trend“, weil bei den unter 25jährigen die Verluste sowohl der SPD wie der Union geringer und die Gewinne der Grünen in dieser Altersgruppe nicht so hoch sind wie bei den darauf folgenden Altersgruppen; aber die Verschiebungen sind zu gering, um das Gesamtbild zu verändern. Auch sagen sie wenig darüber aus, ob die Grünen ihren Höhepunkt trotz der großen Zuwächse in der jüngeren und mittleren Generation bereits überschritten haben. Der einschneidendste Befund für die Union sind *die enorm hohen Verluste bei den 25- bis 45jährigen*. Zumal dem Schwund an Zustimmung zur Union in diesen Altersgruppen – bei hohen Gewinnen der Grünen – fast gleichbleibende Ergebnisse der SPD entsprechen. Bei den 25- bis 35jährigen, wo die CDU mit 25,9 Prozent den geringsten Wähleranteil aller Altersgruppen hat, wurde sie von den Grünen mit 17,4 Prozent beinahe schon eingeholt. In Städten mit über 200 000 Einwohnern lagen nach derselben Dokumentation die Grünen mit 25,6 Prozent sogar leicht vor der CDU (24,2 Prozent).

Dies und die starke Abwanderung von Frauen der jüngeren und mittleren Altersgruppe von der CDU relativiert auch die insbesondere bei der letzten Hessenwahl festgestellte, vergleichsweise starke Verankerung der CDU im städtisch geprägten sog. neuen Mittelstand mit Aufsteigerntendenz und technischer Intelligenz an der Spitze. Heiner Geißler ist kaum zu widersprechen, wenn er hier „das größte Problem“ der CDU ausmacht (vgl. HK, Novem-

ber 1987, 530) und jene in der Union tadelt, die das nicht sehen wollen. Denn in der Tat bilden und stabilisieren sich politische Überzeugungen gerade in dieser Altersphase so, daß sie in der Regel auch später beibehalten werden. Das dürfte trotz größerer Wählerfluktuation und der stetigen Zunahme von Wechselwählern (von manchen Wahlanalysikern inzwischen bis auf 40 Prozent geschätzt) besonders für die Wähler gelten, die sich *von beiden großen Volksparteien* abwenden.

Insofern relativiert sich auch ein von Wahlanalysikern innerhalb und außerhalb der Union häufig zu hörendes Argument, Wähler seien zwar heute „leichter zu verlieren, aber auch leichter zu gewinnen“, weil sich die potentiellen Wähler der beiden Volksparteien in ihren Politikererwartungen einander angleichen und damit wenigstens die Übergänge von CDU zur SPD und umgekehrt fließend würden. Es geht um den Hauptpunkt: die Abwanderung der jungen oder jüngeren, beruflich größtenteils bereits aktiven Wähler von den Volksparteien, in den späten siebziger und frühen achtziger Jahren von der SPD, jetzt besonders ausgeprägt von der CDU. Denn bei den Altersgruppen bilden sich die neuen Lebensstile aus, bei ihnen verändert sich am deutlichsten das Politikverständnis, prägen sich die Vorstellungen von neuen Partizipationsformen und Erwartungen an den politischen Prozeß aus. Hier auch wird besonders stark herkömmliche Ordnungspolitik von stärker vom individuellen Lebensgefühl bestimmten Politikvorstellungen überrollt. Vielleicht entscheidet sich daran die Zukunft der Union als Volkspartei bzw. als potentieller Mehrheitspartei.

## Zu wenig Sinn für das Prozeßhafte in den politischen Tiefenströmungen

Ist aber dieses Problem überhaupt hinreichend erkannt? Ist die CDU und sind die Unionsparteien insgesamt aus ihrer jeweiligen Interessenlage und aus ihren überkommenen politischen Denkstilen heraus noch in der Lage, auf diese Entwicklung produktiv zu reagieren und Meinungsführung in der öffentlichen Auseinandersetzung zu behaupten? Dies muß jedenfalls insoweit bezweifelt werden, als bisher eine *konstruktive Auseinandersetzung mit den Grünen* und mit all dem, was sich in deren Kielwasser bewegt, nicht stattgefunden hat. Man meinte, und viele meinen es offenbar bis heute: die Grünen seien hauptsächlich ein Problem der SPD, seien deren verlorene Söhne und gingen die CDU im Grunde nichts an, seien sogar ganz hilfreich, weil sie der SPD zusetzen und damit die eigene Koalitionsmehrheit sichern helfen. Man grenzt sie aus, kungelt mit ihnen gelegentlich im lokalen Bereich, wenn es CDU-Kommunalpolitikern ins taktische Konzept paßt. Auseinandergesetzt über Politik-, Demokratie- und Staatsverständnis, über die gesellschaftlichen und zwischenmenschlichen Grundlagen des Zusammenlebens im Gemeinwesen hat man sich bisher mit ihnen kaum. Oder es waren immer nur einzelne CDU-Politiker, die sich solcher Auseinandersetzung wenigstens in einzelnen Punk-

ten (§ 218, Selbstverwirklichungsethos, Gewaltfreiheit, Energiepolitik) gestellt haben.

Natürlich kann das ganze Problem nicht auf die Grünen zu vereinfacht werden. Die Grünen sind nur *Symptom in doppelter Richtung*: Symptom für das, was sich in den Politikvorstellungen der jüngeren Generation, im Verhältnis zum Staat und zur Öffentlichkeit überhaupt, verändert. Und Symptom dafür, wie die CDU auf *tektonische Veränderungen und das Prozeßhafte in den politischen Tiefenströmungen* reagiert oder auch nicht reagiert. Es fehlt der CDU dabei nicht an solider Grundsatzarbeit. Aber erst auf dem letzten Parteitag in Wiesbaden hat sich wieder gezeigt, daß die Partei gegenwärtig *noch zu viel Unstimmiges in sich selbst aufzuarbeiten hat*, um sich gründlich genug mit dem Auseinandersetzen zu können, was von der gesellschaftlichen Entwicklung her nach neuen Antworten verlangt.

Die ebenso eindrucksvolle wie ermüdende Debatte über den § 218 hat dies besonders deutlich gemacht. Man hatte mit sich selbst zu ringen und erwies sich, ohne es zugeben zu wollen, als eine tief mit sich selbst unstimme Partei. Zum Beispiel wurde in Wiesbaden überdeutlich, daß die *Verbesserung des Schutzes des ungeborenen Lebens*, jedenfalls soweit damit gesetzlicher Schutz gemeint ist, Anliegen in der Partei nur insoweit war, als diese katholisch geprägt ist. Protestantische Delegierte, auch Prominente, sagten es einem unter der Hand frank und frei, daß sie die „Fixierung“ auf dieses Thema unverständlich fanden und darüber auch nicht wenig verärgert waren. (Was allerdings nicht verhinderte, daß die eindringlichsten Diskussionsbeiträge dazu von protestantischen Debattenrednern, z. B. von *Walter Wallmann* oder von dem Haushaltspolitiker *Manfred Karstens* kamen.) So redete man miteinander bis tief in die Nacht über mögliche oder nicht zuzulassende Gesetzesänderungen über „Liebe“ und „Recht“ und über „Helfen statt strafen“, vermied aber sorgfältig, sich einzugestehen, daß man auch in der ethischen Bewertung der Sachfrage und nicht nur in den Denkstilen auseinander war. Und so blieb weder Zeit noch Kraft, sich mit dem Ethos auseinanderzusetzen, das in einem sehr viel weiteren Umfeld als dem der Grünen bestimmend geworden ist und das die Debatte um den § 218 erst notwendig macht: die Einforderung eines Selbstbestimmungsrechts des einzelnen, das emanzipatorisch absolut gesetzt wird und das keine Abwägung mit entgegenstehenden Rechten Dritter zuläßt. Hätte man das getan, hätte man sich freilich auch den eigenen Widersprüchen stellen müssen, die sich zwischen „traditioneller“ Familienpolitik und „emanzipatorischer“ Frauenpolitik in der CDU selbst auftun. Und das wiederum wäre vermutlich auch der Weg zu einem auch in dieser Frage erkennbaren Profil in der Öffentlichkeit, vermutlich sogar der einzige Weg, „fundamentalistische“ und „pragmatische“ Strömungen in einer gemeinsamen ethischen Grundposition zusammenzuführen. Dabei ist zu bedenken, daß dieses „Ethos“ ja nicht nur mit dem Lebensschutz der Ungeborenen, sondern mit sozialem Bindungs-

verhalten insgesamt zu tun hat und auch auf das Verhältnis des einzelnen zum Recht und zu den Institutionen zu beziehen ist und damit ganz natürlich auch mit dem Grundverständnis von Politik zusammenhängt.

## Die Art der Debattenstruktur führt in der Regel zur Stornierung des Problems

Noch läßt sich die CDU von ihrem inneren Gefüge her offenbar eine *Debattenstruktur aufzwingen*, die es unmöglich macht, aus Diskussionen Konzeptionen zu entwickeln, die das eigene Profil klären und sichern und damit zugleich zur politischen Auseinandersetzung mit den Strömungen befähigen, die grundlegende Veränderungen, sei es im Wertegefüge, sei es im Politikverständnis, sei es in der operativen Struktur politischer Ziele, anzeigen. Dies gilt nicht nur dort, wo harte Auseinandersetzung geboten scheint wie im Falle Selbstverwirklichungsrecht – soziale Bindung, sondern auch, wo es um das Aufgreifen und Sichaneignen von „neuen“, aber konsensfähigen politischen Anliegen geht.

Ein hervorragendes Beispiel dafür ist die im vorigen Sommer um einige von der Todesstrafe bedrohten Chilenen entstandene *Menschenrechtsdiskussion*. Sie mag am konkreten Fall etwas künstlich entfacht worden sein. Aber die CDU hat von ihrem Selbstverständnis wie von ihrer Glaubwürdigkeit im politischen Konkurrenzkampf her nichts nötiger, als daß sie klar macht, daß Menschenrechtspolitik ihr ein Anliegen um der betroffenen Menschen willen ist, das sie nicht ideologisch oder außenpolitisch instrumentalisieren will. Sie muß also auch jeden Anschein vermeiden, über Menschenrechtsverletzungen empöre sie sich nur, wenn sie von kommunistischen, aber nicht, wenn sie von irgendwie „artverwandten“ konservativen Militärdiktaturen verübt werden. Nichts schadet der CDU mehr als solcher Verdacht. Eine deutliche Folge bewußt gesetzter Zeichen könnte die Partei von solchem Verdacht befreien. Aber was war das Ergebnis der Debatte? Daß darüber gestritten wurde, ob „nach dem Lärm um die Chilenen“ ein bestimmter Bundesminister nach Südafrika fahren dürfe oder nicht.

Ein vielleicht weniger griffiges, aber ebenso sinnfälliges Beispiel dafür, welche Art von Debattenstrukturen die Partei sich aufzwingen läßt, sind die *deutschlandpolitischen Auseinandersetzungen im Vorfeld des Wiesbadener Parteitags*. In den Vorentwürfen zu den Leitanträgen war das Anliegen der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands unauffällig pragmatisch formuliert und auf die Notwendigkeit verwiesen worden, daß man dazu den Konsens mit den europäischen Nachbarn brauche. In den in Wiesbaden verabschiedeten deutschlandpolitischen Passagen steht das zwar auch noch ungefähr so drin. Und natürlich findet sich auch der alte CDU-Grundsatz dort wieder, daß „Freiheit Bedingung der Einheit ist und nicht ihr Preis“. Keine in der Vordebatte formulierte realpolitische Perspektive ist aufgegeben, aber aus Rücksicht auf

konservativ-nationale Minderheiten und Stimmführer wird die Deutschlandfrage darin so sehr zum „vordringlichsten Ziel unserer Politik“, daß die deutschlandpolitische Position der Partei sehr viel unbeweglicher erscheint, als es die Politik der Bundesregierung ist, deren flexiblere Haltung dann in erster Linie der FDP zugeschrieben wird.

Ähnlich war es mit *der durch die Geißler-Radunski-Wahlanalyse ausgelöste Strategiedebatte*. Anstatt die in ihr sichtbaren Grundprobleme, von deren Lösung nicht erst die lang-, sondern schon die mittelfristige Zukunft der CDU und der Unionsparteien insgesamt abhängt (Verankerung in der jungen Generation, Konkurrieren um die Frauen, um die die Gesellschaft intellektuell und politisch tragenden Mittelschichten und auch um gewerbliche Arbeiterschaft), strategisch zu begegnen, wird jenseits aller realpolitischen Wirklichkeit ein Richtungsstreit entfacht über „links“ und „rechts“; über Lagertheorien und ähnliches; über den „Zeitgeist“, dem man zu widerstehen oder den man wohl besser links liegenzulassen und nicht nachzulaufen hat und über die vielen Stammwähler, die ob der Öffnung auf die kaum zu gewinnenden Wechselwähler nicht vergrault werden dürfen. Wiederum läuft alles nach dem gleichen Schema ab: Jemand versucht, auf ein Problem aufmerksam zu machen und eine Strategie zu dessen Lösung zu entwickeln; dies paßt nicht in die Interessenslage oder in das politische Weltbild bestimmter Gruppierungen und Meinungsführer sei es in der Union, sei es an deren Rand; die Debatte eskaliert. Nachdem der Öffentlichkeit genügend vorgeführt ist, welcher Auseinandersetzung man fähig ist, sucht die Parteiführung, um Zerreißproben zu vermeiden, den Kompromiß; und der besteht dann in der Regel in der Stornierung des ursprünglich angezeigten Problems. Dieses hat es einfach nicht zu geben. Wie fast immer ersetzt der Streit die Diskussion. Und das Ergebnis ist die Eliminierung des Problems, das durch Diskussion letztlich in Konsens gelöst werden sollte. Im Grunde aber hat man gestritten, ohne das Problem überhaupt zugelassen zu haben.

## Die CDU ist noch keine wirklich moderne Volkspartei

Daß die Meinungsbildungsprozesse in der CDU so kontraproduktiv verlaufen und die Partei im Ergebnis sich entsprechend darstellt, hat mit vielerlei zu tun: mit der Verfestigung eines negativen Images durch die gegnerischen wie die CDU-freundlichen, aber national-konservative Gruppierungen privilegierenden Medien, denen aber stets aus der Partei selbst das entsprechende Futter geliefert wird; die ungleiche Paarung CDU/CSU; die ungünstigen Wirkungen der Koalition auf die Partei, in der die einen in Richtung FDP, die anderen in Richtung Straußscher CSU neigen und damit das Profil der eigenen Partei erst recht verundeutlichen; und ein Kanzler, der als Machtpragmatiker den Kompromiß in der Regel so praktiziert, als ob dieser nicht Mittel, sondern Ziel von Politik

wäre und der die gleitenden Übergänge von Kompromißpolitik zu bloßer Machtverwaltung ignoriert.

Der Hauptgrund ist aber eine *Überalterung im Verhältnis zu ihrer Wählerschaft*, die sich widerspiegelt in der Mitgliederstruktur (Durchschnittsalter 50, Neumitglieder 39,6) und in einer Argumentationsstruktur, die am Prozeß gesellschaftlicher Veränderungen weitgehend vorbeidenkt, genauer, die das *Prozeßhafte der Veränderungen*, besonders soweit sie das Gefüge politischer Werte berühren, nicht mit den eigenen, in sich vernünftigen Grundsätzen zu konfrontieren und in der politischen Praxis zu verdeutlichen weiß. Dies hängt damit zusammen, daß die CDU, obwohl an der Wiege der Bundesrepublik entstanden und durch Kaiser- und Weimarer Zeit relativ wenig belastet, *noch keine wirklich moderne Volkspartei* geworden ist. Sie ist noch mehr Zwitter aus Weltanschauungs- und Integrationspartei, die in ihrer faktischen Willensbildung nach innen und außen mehr von einer Oligarchie konkurrierender Interessengruppen bestimmt wird als von politischen Zielsetzungen, die das Ergebnis einer offensiven Auseinandersetzung mit anderen konkurrierenden Volksparteien im gesamten Spektrum der Öffentlichkeit wird. Zu solcher Willensbildung kommt eine Volkspartei unter den Bedingungen einer pluralistischen Lebenswelt nur, wenn sie in der Lage ist, die aktuellen Veränderungsprozesse nach politisch übergeordneten Zusammenhängen zu strukturieren und solche Strukturen an politischen Kernthemen verständlich zu machen.

Um z. B. *Wirtschaftskompetenz* personell und sachlich zurückzugewinnen, muß eine Volkspartei heute aktiv eine Politik des Wandels betreiben und diese der Bevölkerung als notwendig erklären und darf nicht, wen immer es betrifft, die Bauern, die Werften oder die Stahlarbeiter, Subventionspolitik als volkswirtschaftliche Konkursverwaltung erscheinen lassen. Eine Volkspartei, die sich – natürlich unter sozialer Abfederung – konsequent zu einer aktiven vorausschauenden Struktur- und Beschäftigungspolitik bekennt, braucht unter den Bedingungen der Bundesrepublik um die Erhaltung ihrer Mehrheitsfähigkeit nicht zu bangen. Wer von einem Gemeinwohlverständnis her, das mehr ist als eine Addierung von Gruppeninteressen, die *sozialstaatlichen Maßnahmen neu ordnen und neu gewichten* will, handelt sich zwar eine Menge Streit mit Lobbyisten unterschiedlichster Art ein, aber kann doch die Vernünftigkeit seiner Politik verständlich machen. Dies kann sich freilich schon bei einer so einfachen Sache entscheiden, wie der, was „sozialer“ ist: das Kindergeld erhöhen oder die Ausgaben für Haushaltshilfe berufstätiger Ehepaare von der Einkommenssteuer absetzbar machen. Gegen ein Konsumieren staatlicher Leistungen und ein Umsichgreifen eines privatistischen Politikverständnisses wird die CDU als christliche Volkspartei in Auseinandersetzung mit älteren Lobbyisten und jüngeren Lebenskünstlern das von ihr so hochgehaltene *Prinzip verantworteter Freiheit* in der öffentlichen Auseinandersetzung neu durchdeklinieren müssen. Sie wird sich aber auch sehr bald zu entscheiden haben,

ob sie bei einem *Absinken in nationale Provinzialität* vorangeht oder eine menschenrechtlich grundierte offene Gesellschaft, dann auch mit einer entsprechenden Ausländerpolitik, will. Dies sind weder als parteiinterne Entscheidungen noch in der Durchsetzung nach außen leichte Aufgaben. Das öffentliche Bewußtsein wehrt sich eher gegen solche „Thematisierungen“ und lebt lieber aus Betroffenheit. Ein Beweis unter vielen ist die lange Zeit, die es allein schon dazu braucht, der Bevölkerung die nachhaltigen Wirkungen des Bevölkerungsrückgangs auf das gesamte Sozialsystem begreiflich zu machen. Für eine Regierungspartei ist es deswegen unerläßlich, daß das, was ihre obersten Repräsentanten in der Regierung vertreten, erkennbar ist als Politik, die von der Partei mitgetragen wird, und umgekehrt muß die Partei selbst darauf sehen, daß ihre Politik *als Regierungspolitik* der Bevölkerung vertraut bleibt. Eine „Arbeitsteilung“ zwischen Partei und Kanzler, die als solche nicht mehr erkennbar ist, zerstört nicht nur das operative, sondern auch Perspektivenprofil der Partei.

## Nicht das „C“ ist ein Problem, sondern das Verhältnis zu den Kirchen

Manche sind nun der Meinung, mit einer solcherart an Sachthemen orientierten Volkspartei vertrage sich nicht das „C“. Aber das „C“ ist nicht das Problem. Im Gegen-

teil! Da der Umgang mit den Wertimplikationen wesentlich zur Strukturierung solcher Zusammenhänge gehört, bleibt das „C“ Erkennungszeichen und Profilierungselement auch für kirchenferne Anhänger der Union. Entsprechend stärker wird es von der Parteiführung ja auch wieder betont, allerdings als *auf politisches Handeln zugeschnittenes Wertbeurteilungsinstrumentarium*, nicht als konfessionelles Glaubensgut. Das Problem ist also nicht das „C“, sondern das *Verhältnis der Partei zu den Kirchen*, nicht nur weil es immer noch ein katholisch-evangelisches Ungleichgewicht in der CDU gibt, sondern weil sich das gesamte kirchliche Feld in einer Weise pluralisiert, daß gelegentliche Treffen mit den konfessionellen Hierarchien nicht mehr genügen, sondern Begegnung und Auseinandersetzung mit diesem ganzen pluralen Feld gesucht werden muß. Helmut Kohl hat auf dem Parteitag in Wiesbaden mit hausväterlicher Liebeshuldigkeit versichert: Die Glaubensheimat der CDU-Leute seien die christlichen Kirchen. Dies sei selbstverständlich; es müsse nicht erst jeden Tag neu gesagt werden. Aber im Alltag sei es „wichtig, daß diejenigen, die mit uns gemeinsam in unseren Kirchen sind, spüren: Das ist unsere CDU“. Beides ist irgendwie richtig. Doch Eigentumsansprüche sollten weder die CDU an die Kirchen noch die Kirchen an die CDU stellen. Dies wäre nur zu beiderlei Schaden. Doch offenbar muß auch das als Problem erst einmal angenommen werden.

David Seeber

## „Es geht ganz zentral um Lehrfragen“

### Ein Gespräch mit Franz Schmidberger

*Mit den Bischofsweihen durch Erzbischof Lefebvre ist die Abspaltung Lefebvres und seiner engeren Gefolgschaft von der Gesamtkirche vollzogen. Über die Frage, was die Bewegung von Rom und der Gesamtkirche eigentlich trennt, gibt es aber unter Katholiken bis hinauf in den Episkopat und in das Kardinalskollegium unterschiedliche Auffassungen. Eine unzweideutige Positionsbestimmung durch die Betroffenen selbst kann in dieser Situation klärend wirken. Das folgende Gespräch mit P. Franz Schmidberger, dem Generaloberen der Priesterbruderschaft Pius X. und insofern zweiten Mann hinter dem 82jährigen Erzbischof, ist der Versuch einer solchen Klärung. Die Fragen stellten David Seeber und Klaus Nientiedt.*

**HK:** Pater Schmidberger, waren die Bischofsweihen in Ecône der eigentliche Bruch mit der Gesamtkirche oder das letzte Glied einer Kette, deren Ende praktisch seit Mitte der siebziger Jahre abzusehen war?

**Schmidberger:** Ich möchte sehr viel weiter zurückgehen als bis in die siebziger Jahre. Die Ereignisse, die Sie ansprechen, sind der vorläufige Schlußpunkt einer Auseinandersetzung zwischen liberalen und romtreuen Katholiken oder den Katholiken, die ganz und gar an der Integralität der katholischen Dogmen festhalten wollen. Diese Aus-

einandersetzung hält mindestens schon 200 Jahre in der Kirche an, spätestens seit der Französischen Revolution. Sie hat durch das II. Vatikanum zu einer neuen Eskalation geführt. Die Bischofsweihen in Ecône vom 29. Juni sind die Antwort darauf.

**HK:** Französische Revolution, das ist ein weiter Sprung. Es ist zwar bekannt, daß Ihre Bewegung einem Staats- und Gesellschaftsverständnis anhängt, das hinter die seitherige demokratische Entwicklung zurückführt, aber die theologische Gegnerschaft Lefebvres Rom und der Gesamtkirche gegenüber gilt doch erst der Zeit nach dem Tod Pius' XII. bzw. seit dem II. Vatikanum?

**Schmidberger:** Wenn Sie die Entwicklung verstehen als Auseinandersetzung zwischen Personen: ja. Wenn Sie uns aber verstehen als Repräsentanten einer Strömung: nein. Denn was wir als Strömung bekämpfen, hat eingesetzt mit der Französischen Revolution. Und eigentlich muß man zurückgehen bis ins Zeitalter der Renaissance und des Humanismus. Denn dort begann sich der Zusammenhang zwischen Gottes- und Menschenbild grundlegend zu ändern. Der Mensch als Maß aller Dinge ist in den Mittelpunkt gerückt; das Gottesbild hat sich verdunkelt ...